

# FLU-Chef Göldner macht Druck: „Unnas Politik muss endlich drastisch bei sich selber sparen!“

Von  
Redaktion

30. Mai 2018



Der Pleitegeier hat den städtischen Haushalt lauernd im Blick. (Pixabay, warlok3113)

Die Freie Liste Unna (FLU) macht Druck auf die politischen Mitbewerber. Höchste Eisenbahn, dass Unnas Politik **drastisch bei sich selber spart**, während sie das Aus von Sportplätzen und Bürgerämtern beschließt.

„Nicht nur reden, sondern machen!“, drängt FLU-Fraktionschef Klaus Göldner, der den „publikumswirksamen Sparbeschluss des Rates“ einmal mehr als überflüssig kritisiert. **„Für den sparsamen Umgang mit Steuermitteln braucht es keinen Extra-Ratsbeschluss!“**

Der FLU ist die aktuelle Debatte um Kürzungen der Fraktionsgelder unverständlich. „Verschiedene Fraktionen fordern seit Kurzem – im Rahmen der Sparbemühungen für den städtischen Haushalt – Kürzungen um 10 bis 30 Prozent. Städtische Mittel zur Fraktionsgeschäftsführung sind reine **Steuergelder, mit denen sparsam** umzugehen ist. Das muss selbstverständlich sein!“



Klaus Göldner, Fraktionsvorsitzender der Freien Liste

Unna (FLU). (Foto: FLU)

Seit Beginn der Ratsperiode im Sommer 2014 habe die FLU von sich aus im Schnitt **über 40 Prozent** der ihr zustehenden Gelder an die Stadtkasse **zurückgezahlt**. „**Das sind über 48.000 Euro** nur für meine kleine Fraktion“, betont Klaus Göldner.

Jedoch auch in seiner Zeit als **CDU-Fraktionsvorsitzender bis 2013** habe er regelmäßig Steuergelder gespart, erinnert Göldner. Im Schnitt **über 20 Prozent** der Zuwendungen seien nicht ausgegeben worden, obwohl von dem Geld – wie heute bei der CDU – ein hauptamtlicher Geschäftsführer, Klausuren und Fortbildungsveranstaltungen bezahlt wurden.

„Sparsamer Umgang mit anvertrautem Geld, Verzicht auf **kostenintensive Klausuren in Spitzenhotels außerhalb Unnas und auf teure Empfänge** gehörten damals wie heute zu meinem Sparkonzept“, unterstreicht der FLU-Vorsitzende.

Und er erinnert im Zusammenhang mit der aktuellen Debatte auch daran, was damals zu seinem **Bruch mit der CDU-Fraktion** führte: Es war genau der **Streit um Steuergeld** – „der Streit mit der Parteiführung etwa um die anteilige **Bezahlung der CDU-Neujahrsempfänge** aus Steuermitteln. Das waren schon damals immerhin jeweils über 6.000 Euro.“

***Allein mit der Reduzierung auf einen einzigen parteiübergreifenden städtischen Jahresempfang könnten bereits hohe 5stellige Beträge eingespart werden, unterstreicht Klaus Göldner. Momentan richten SPD, CDU, FDP und Grüne jeweils ihre separaten Empfänge aus.***